

Diktatur vorordnet Sie hat den Popanz, der sich in der Sprache der Sozialdemokratie „Volksherrlichkeit“ nennt, belächelt gelehrt. Sie, diese offene Diktatur, ist die Demokratie der SPD, um die Demokratie zu verteidigen.“ Welch heuchlerischer Dohn auf die einfachsten Wahrheiten der marxistischen Welt!

Es gibt in den letzten Jahren eine Parallele, die der Methode nach dem letzten sozialdemokratischen Verrat gleichkommt, die Panzerkreuzeraffäre. Vor den Reichstagswahlen „Für Kinderpefzung — gegen Panzerkreuzer“, nach den Reichstagswahlen „Für Panzerkreuzer — gegen Kinderpefzung“. Aber der politische Hintergrund zwischen dem damaligen und dem heutigen Verrat wiegt weit schwerer. Denn jetzt handelt es sich nicht nur um einen Panzerkreuzer, sondern um die Aufzählung von Milliarden auf den Schultern der Werttätigen zur Rettung der ihrer Katastrophe entgegenstehenden Bürgerlichen Klassenherrschaft. Mit dem Vertrauensvotum der SPD für Brüning bricht sie nicht nur dem Reichswahlrecht ihre Zustimmung aus, sondern dem von der Regierung offiziell geforderten Kohlen- und Gehaltsraub in der Privatindustrie, dem Gehaltsraub an den unteren Staatsbeamten, der Leibschleifer, der Kopfschmerz, dem Unterhaltungsraub, dem Krankenversicherungsrab. Auf dem Wege zur offenen faschistischen Diktatur schlagen die SPD-Führer der Sozialdemokratie die Brücke, planmäßig alle faschistischen Kräfte zu konzentrieren und die Hungerlasten gegen die werttätigen Massen zu organisieren.

SPD-Arbeiter, es wird Zeit, daß ihr dem Verrat eurer Führer erkennt und die Konsequenzen zieht. In der SPD zu bleiben heißt den Trennungsstrich zu ziehen, heißt sich als Reaktionskräfte und Bundesgenossen des Faschismus mißbrauchen zu lassen. Am Ende dieses Weges steht das furchtbare Blut- und Terrorregiment des Faschismus, dessen Opfer das Proletariat sein wird.

Die Kommunistische Partei ruft zur Sammlung, zur Einheit, zum Kampf! Sie ruft den SPD-Arbeitern zu: Heraus aus der Brünning-Partei! Einigensiebt in die revolutionäre Klassenfront!

Die gestrige Reichstagsitzung

(Fortsetzung von 1. Seite)

Herr Dr. Fricke (NSDAP) wird von förmlichen Zurufen der Kommunisten empfangen und kann minutenlang nicht zu Wort kommen. Schließlich sind einige Worte zu verstehen, aus denen man entnehmen kann, daß die Nationalsozialisten gegen die Verfassung des Reichswahlrechts sind und darum den Abg. Dr. Scholz (SPD) zum Präsidenten vorgeschlagen.

Es beginnt die Abstimmung. Das erste Resultat lautet: Abgewiesen sind 666 Stimmen, 2 davon sind ungültig, die Mehrheit beträgt 278. Es haben erloschen: Lohse 266, Dr. Scholz 179, Graf (Thüringen) (Dn.) 41 Stimmen, unbeschrieben waren 2 Stimmentel. Auf den Genossen Fricke fielen 68 Stimmen der Kommunisten. Es muß also eine Stichwahl zwischen Lohse und Dr. Scholz stattfinden.

Das Stichwahlergebnis lautet: 269 Stimmen für Lohse und 209 Stimmen für Scholz, 77 Stimmen waren ungültig. Gewählt ist also Lohse. Die Sozialdemokraten hatten Reichel, Dr. Scholz, der durchgefallene Kandidat, geht auf Lohse zu und schüttelt ihm die Hand.

Es folgt die Wahl des 1. Vizepräsidenten. Die Nationalsozialisten schlagen ihren Abg. Stöhr vor. Für die Sozialdemokraten gibt Abg. Dittmann folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion war bereit, bei der Präsidentenwahl auch für den Nationalsozialisten Stöhr zu stimmen. (Stürmische „Hörhörl“-Rufe b. d. Kom., Unterbrechungen und Zurufe: „Die Sozialdemokraten sind die Schrittmacher der Faschisten!“, „Das ist die Kapitulation vor den Nazis!“, „Geltungsfumpfen!“)

Da aber die Nationalsozialisten nicht für unseren Kandidaten gestimmt haben, werden auch wir nicht für den Abg. Stöhr stimmen und schlagen wir den Abg. Esser als Vizepräsidenten vor.“ (Zurufe und Heiterkeit.)

Abg. Rippe (Chr.-Soj.) unterstützt die Kandidatur des Nationalsozialisten Stöhr.

Genosse Torpaler schlägt auch für den 1. Vizepräsidenten Genossen Fricke vor und erklärt, zu den Nazis gewandt: „Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten den Abg. Dr. Scholz zum Präsidenten vorgeschlagen haben, ist eigentlich eine Sünde wider das Halbtreu.“ (Stürmische Gelächter links und in der Mitte, Tumulte der Nationalsozialisten. Lohse entzieht dem Genossen Torpaler das Wort.)

Der Genosse Torpaler hatte beabsichtigt, noch folgende Ausführungen gegen die Nazis zu machen: Im vergangenen Reichstag haben die Nazis einen Antrag eingebracht unter der Druckfalte Nr. 1741. In diesem Antrag heißt es:

„Wer durch Vermählung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassistischen Verschlechterung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft.“

Ich weiß nicht, ob dieses Gesetz für die Nazis bei ihrer bekannten Wandlungsfähigkeit jetzt noch Gültigkeit besitzt. Wenn das der Fall ist, so könnten ihrem Präsidentenstiftungskandidaten Dr. Scholz nicht mindernde Umstände gegeben werden:

denn dieser Dr. Scholz ist verheiratet mit einer jüdischen Frau namens Freund.

Nach dem nationalsozialistischen Gesetzentwurf gehört also Dr. Scholz nicht auf den Präsidentenstuhl, sondern ins Zuchthaus, und die gesamte nationalsozialistische Fraktion wegen Reichsverrat dazu.

Die Wahl des ersten Vizepräsidenten ergibt eine Mehrheit für den Nationalsozialisten Stöhr. 288 Stimmen wurden für ihn abgegeben. Der Nationalsozialist hatte also die Stimmen der Jugendorganisation, der Volksparteier, der Wirtschaftspartei und der Christlichsozialen erhalten. Auch die katholische Bayerische Volkspartei hat für den Nationalsozialisten gestimmt. Der Zentrumsabgeordnete Esser erhielt 171 Stimmen. Für den Genossen Fricke stimmten natürlich nur die kommunistischen Abgeordneten.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird der Zentrumsabgeordnete Esser mit 427 Stimmen aller Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt.

Dritter Vizepräsident wird der deutschnationale Abg. Graf (Thüringen) mit 231 Stimmen gegen 209 Stimmen des bayerischen Abg. Pfleger.

Die verschiedenen Anträge auf Kürzung der Diäten werden dem Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung am Donnerstag steht die Regierungserklärung.

Arbeitslosensturm in Neuburg

Neuburg, 16. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Das Gebäude der American Federation of Labour, der Gewerkschaftsvereinigungen, wurde gestern von einer Menge empörter Arbeitsloser gestürmt, nachdem eine große Protestversammlung gegen die Politik der Gewerkschaftsvereinigungen von den Sozialfaschisten provoziert worden war. Demonstrierende Frauen trugen Plakate mit der Aufschrift: „Wir fordern Arbeitslosenunterstützung!“ und „Nieder mit der Industrieklasse!“

Hitler beschimpft seine SA-Leute als „Ladendiebe und Rowdys“

Neue Nazi-Verbeugung vor den kapitalistischen Räuberbanden

Dresden, den 16. Oktober.

Hitler, der notorische Feigling, hat in einem Interview dem Vertreter des International News Service gegenüber erklärt: das Zerbrechen von Fensterscheiben (das nachweislich das Werk von SA-Leuten war — die Red.) sei von „Ladendieben, Rowdies und kommunistischen Provokateuren erfolgt“.

Better hat er den imperialistischen Räubern seine Dienste an, indem er erklärt:

„Wir erkennen die privaten Schulden an und die in Deutschland investierten Kapitalien.“

Die Braunhunden sind also nicht nur die Verteidiger der deutschen, sondern auch der internationalen Räuberbanden. Die Milliarden Tribute sollen an die Geldverleiher bezahlt werden, und

die Arbeiter der Opelwerke, der AGW, der Straßenbahn-AG, Dresden, der USW, der Recenta in Hartmannsdorf um, sollen um des Profits internationaler Kapitalisten willen, die in diesen Betrieben Kapital angelegt haben, weiter für diese Ausbeuter schuften.

So will es der feige Hölle. Wer bisher an das „nationale“ Programm der Nazis glaubte, wird aus Hitlers Munde selbst informiert, daß die Führerbande der Hitlerpartei jerville Knechte des Internationalen Finanzkapitals sind.

Billa wie Brombeeren

Die Faschisten haben eine „große Aktion“ angekündigt. Im Reichstag haben sie Anträge eingebracht, die folgendes fordern:

Höchstzinsfuß 5 Prozent für alle Darlehen und Anleihen.

Verbot der Termin- und Blankogeschäfte an der Börse.

Verstaatlichung aller Großbanken durch die Reichsbank.

Gegen Kapitalverschöbung.

Verhandlungen über Zoll- und Wirtschaftsunion mit Österreich.

Diese Anträge sind reiner Massenbetrug. Wer für das unbeschränkte Verfügungsrecht der Kapitalisten eintritt wie Hitler, Feder, Rosenberg und Komforten, beweis, daß er solche „Forderungen“ nur aus demagogischen Gründen erhebt. Vor allem müssen diese Volksbetrüger, daß sie mit den Anträgen im Reichstag keine Mehrheit erhalten. So ist dieselbe

Demagogie, die Mussolini vor seinem „March auf Rom“ betrieb. Heute leben dort die Schieber im „brillen Reich“ ebenso herrlich und in Dresden wie in unserer teuren Youngrepublik.

Zu den Fragen der Arbeitszeit, dem streichen Lohnraub der Ausbeuter, dem Raub an den Kranken und Erwerbslosen haben die Hitlermänner nichts zu sagen. Sie dürfen es nicht. Billig sind die demagogischen Anträge des Youngministers Fricke, Co., billig wie Brombeeren.

Der braunen Mordbest gründlich heimgeleuchtet

Dresden, 16. Oktober (Eig. Drahtmeldung.)

Ein Trupp von 30 Nationalsozialisten unternahm einen Heberfall auf Kommunisten und Parteiloze, den die Arbeiter in proletarischer Weise beantworteten. Es mußten 9 Nationalsozialisten ins Krankenhaus gebracht werden.

Schwerin, 16. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

In einer nationalsozialistischen Versammlung haben kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter einen Heberfall der Nazis auf einen Dolmetscher entsprechend beantwortet und den Nationalsozialisten heimgeleuchtet. In Güstrow haben nach Methoden, die in Berlin angewandt wurden, die Nazis Pogrome durchgeführt, wobei sie eine Reihe Schaufenster zertrümmerten.

Hitler macht schon Stimmung

Unter dem gewaltigen Druck der geschlossen kämpfenden Berliner Metallarbeiter hat sich die Gauleitung der Berliner NSDAP bereit erklärt, zunächst keinen Streikbruch zuzulassen. So machen es die Streikbrecher auf andere Art. In Hitlers Zentralorgan heißt es: „Reider besteht nicht viel Aussicht, daß die Arbeiter mit ihrem berechtigten Kampf Erfolg haben werden.“

So soll von vornherein der Kampfgeist der Arbeiter gebrochen, der Streikbruch auf Umwegen organisiert werden. So entlarven sich die faschistischen Unternehmernächte.

1400 zwangsweise Steuereintreibungen im thüringischen „dritten Reich“

Im Bombenlegerprozeß in Altona hat der Staatsanwalt zur Verteidigung der faschistischen Bombenleger u. a. angeführt, daß die „provokatorischen“ Steuerpändungen der Ausgangspunkt der jahreslang-holsteinischen, mit den Nazis eng verbundenen Ausschüsse in den „Bomben-Demonstrationen“ gewesen seien. Die schwerreichen Bauern und Hintermänner der Bombenattentate fühlten sich also nach der Auffassung dieses Staatsanwalts bedrückt, und alle Requisiten benutzten die Steuerpändungen als eine neue demagogische Propaganda angeblich gegen den Youngplan.

Die Praxis des Nazi-Ministers Fricke in Thüringen enthält diese niederträchtige Demagogie, der ja bekanntlich zur Balancierung des thüringischen Young-Stats die Kopfsteuer eingeführt hat.

Aus Rudolstadt in Thüringen wird berichtet, daß von 300 Regenersteuerbescheidern, nachdem angeblich einige erlassen wurden, noch 1400 zwangsweise eingezogen werden. Diese Tatsache beleuchtet blickartig die faschistische Praxis gegenüber der werttätigen Arbeiterklasse, die sich nicht scheut, das letzte Wort aus dem Proletenhaustat herauszuspünden, den schwerreichen Rajidauern aber die Abwendung der Steuerpändungen zubilligt.

Interessant ist dabei die Tatsache, daß unter der „angeblich kommunistischen Stadtverwaltung“ der Renegaten mit ihrem brandenburgischen Bürgermeister Kohrausch das Regenersteuerdiktat Fricke mit Hochdruck durchgeführt wird.

Reichsbannerarbeiter von der Führung im Stich gelassen

Role Hilfe übernimmt ihre Verteidigung — Massentumgebung gegen Polizeiterror Unser Vormarsch in Dresden

Mittweida, den 16. Oktober.

Die Role Hilfe hatte zu einer Protestkundgebung gegen den Polizeiterror aufgerufen, in der die Arbeiter von Mittweida in Massen erschienen waren. Einer der am Sonntag früh verhafteten Antifaschisten schilberte, wie brutal die Polizei die Beteiligten mißhandelte. Wie in den faschistischen Ländern wurden die Arbeiter selbst nach auf dem Polizeipräsidium in Chemnitz von dem vernehmenden Beamten ins Gesicht geschlagen. Einem jugendlichen Arbeiter, der nicht schnell genug seine Schlüssel aus der Tasche herausbrachte, wurde vom Beamten die Nase in Zehen getrieben.

Anwesende Reichsbannerarbeiter, die gegen Nationalsozialisten gekämpft haben und deswegen vor dem Klassenrichter sich verantworten sollen, aber von ihrer Organisation im Stich gelassen werden sollen, fragten an, ob toll, die Role Hilfe die Stellung eines Verteidigers für sie übernehmen würde. Der Referent der Role Hilfe erklärte vor aller Verantwortlichkeit, daß die Role Hilfe den Reichsbannerarbeitern, wenn sie gegen den Faschismus gekämpft haben und von der Klassenjustiz verfolgt werden, Unterstützung gewährt.

Eine Resolution gegen die brutalen Mißhandlungen der verhafteten Arbeiter an das sächsische Innenministerium wurde von der Versammlung einstimmig angenommen, ebenso eine Entschlüsselung gegen das ungeheuerliche Urteil des Staatsanwalts im Jugendprozeß in Leipzig. Ein Brief an die noch inhaftierten Genossen, denen die Versammlung die vollste Sympathie und brüderliche Solidarität ausdrückt und ihnen mitgeteilt wird, daß

33 Arbeiter ihren Beitritt zur Role Hilfe und 2 in den kommunistischen Jugendverband erklärten

haben, wurde von der Versammlung ebenfalls einstimmig beschlossen.

Mit dem Gesang der „Internationale“ und einem dreifachen „Rot Front!“ sowie einer Aufforderung, sich einzureihen in das antifaschistische Kampfkomitee, endete die machtvolle Protestkundgebung.

Dresden, 16. Oktober.

Die gestern im „Kristallpalast“ und Reichsbanner von der KPD durchgeführten Versammlungen zeigten einen außergewöhnlich starken Besuch, der kennzeichnend ist für das Interesse der Arbeiterklasse zur Politik der kommunistischen Partei, für die auch jetzt noch ständig wachsende Sympathie zur KPD und für die Kampfschloffenheit der breitesten Massen der Arbeiter. Im „Reichsbanner“ trat nach einem Referat des Genossen Schneider über den Bankrott in Dresden und Ausführungen des Genossen Renner zur politischen Lage, insbesondere zur politischen Lage in Sachsen, der Haltung der sozialdemokratischen Führer und der Nationalsozialisten, eine große Anzahl Anwesender der kommunistischen Partei und dem Kampfbund gegen den Faschismus bei. Folgende Entschlüsselung wurde angenommen:

„Die im Reichsbanner, Dresden-Neustadt, tagende öffentliche Versammlung der KPD sendet den freitenden Metallarbeitern in Berlin revolutionäre Kampfrufe und verpflichtet sich, alle Kräfte einzuziehen, um den Kampf zu einem vollen Sieg zu führen durch Einbeziehung der sächsischen Metallarbeiter.“

Eine zweite Entschlüsselung wurde angenommen gegen das Schandurteil gegen 11 Jungarbeiter in Leipzig.

Im Kristallpalast sprachen die Genossen Gabel und Stegel. Die Kampfstimmung der Versammlung war eine prächtige. 8 Arbeiter erklärten ihren Eintritt in die KPD, 4 Abonementen für die Arbeiterstimme und 12 neue Mitglieder für den antifaschistischen Kampfbund wurden gewonnen.

Weiter vorwärts, hinein in die Betriebe! Organisiert die Kampffront der Arbeiter! Schloßt die revolutionäre Einheitsfront gegen die herrschende Klasse und ihre Knechte!